



Resolution der Tarifkommission Baden-Württemberg

Tarifpolitik verteidigen. Sozialstaat stärken. Zukunft gestalten.

Die Tarifkommission stellt fest:

Die Tarifpolitik gerät zunehmend unter Druck. Die aktuelle Debatte über den Wert des Sozialstaats sowie die konzertierten Forderungen der Arbeitgeber nach Arbeitszeitausweitungen zeigen deutlich, dass versucht wird, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme auf die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen abzuwälzen.

Statt die tatsächlichen Ursachen der wirtschaftlichen Herausforderungen zu benennen, wie fehlende Investitionen, Versäumnisse in der Industrie- und Strukturpolitik oder die zunehmende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen, wird ein anderes Bild gezeichnet: Die Menschen müssten lediglich mehr arbeiten, weniger krank sein und der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar.

Diese Erzählung weist die Tarifkommission entschieden zurück.

Wir erleben einen Generalangriff auf Rechte der Beschäftigten, auf tarifliche Standards und auf die Errungenschaften jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe. Einzelne Arbeitgeber und Teile der Politik stellen die Schutzrechte der Beschäftigten, gute Arbeitsbedingungen einen sicheren Ausbildungsplatz und soziale Sicherungssysteme zunehmend unverblümt infrage. Tarifliche Standards sollen geschliffen, Arbeitszeiten unbezahlt verlängert und Mitbestimmungsrechte zurückgedrängt werden.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit zeigt sich jedoch die Stärke von Tarifverträgen. Tarifverträge sind hochflexibel, sie sichern faire Einkommen, schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Tarifpolitik ist kein Hindernis für wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige industrielle Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die aktuellen Angriffe auf soziale Standards und auf Arbeitsbedingungen sind deshalb nicht als einzelne politische Debatten zu verstehen. Sie sind Ausdruck einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Frage, wer die Lasten von Transformation, Digitalisierung, Fehlern bei strategischen Weichenstellungen und wirtschaftlichem Wandel trägt.

Für uns ist klar: Die Beschäftigten werden nicht die Zeche für politische Versäumnisse und unternehmerische Fehlentscheidungen bezahlen. Die IG Metall steht für gute Arbeitsbedingungen, faire Entgelte, sichere Arbeitsplätze, die sichere Übernahme von



Auszubildenden, starke Mitbestimmung und einen leistungsfähigen Sozialstaat. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft von Industrie und Beschäftigung und suchen nach tragfähigen Lösungen, die den Menschen Sicherheit und Perspektiven geben.

Für die Tariffkommission ist jetzt besonders wichtig:

1. Wir werden die Tarifrunde nutzen, um Sicherheit und Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen und die tariflichen Standards entschieden verteidigen.
2. Wir werden alle betrieblichen Foren und Möglichkeiten nutzen, insbesondere Betriebsversammlungen, aktive Mittagspausen, Vertrauensleuteversammlungen und weitere Aktivitäten, um über die Bedeutung des Sozialstaats, die aktuellen Angriffe auf Arbeitnehmer*innenrechte und die Ziele der Tarifrunde zu informieren und zu mobilisieren.
3. Wir werden gemeinsam öffentliche Sichtbarkeit herstellen und rufen zur Beteiligung am Aktionstag Automobil am 21. September 2026 sowie an den Demonstrationen für einen starken Sozialstaat am 26. September 2026 auf.
4. Wir werden die erste Tarifverhandlung am 07. Oktober 2026 in Ludwigsburg mit einer großen und sichtbaren Aktion der Beschäftigten begleiten, um den Forderungen der Beschäftigten Nachdruck zu verleihen und die Entschlossenheit der IG Metall sichtbar zu machen.
5. Wir machen deutlich: In dieser Tarifrunde geht es nicht allein um Einkommen. Es geht darum, den Angriffen auf die Rechte der Beschäftigten entgegenzutreten und soziale sowie tarifliche Standards zu verteidigen.
6. Wir werden während der Tarifrunde 2026 grundsätzlich keine Verhandlungen über betriebliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag aufnehmen. Ausnahmen sind nur in besonderen Härtefällen möglich. Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen oder tariflichen Verschlechterungen werden nicht verhandelt. Damit setzt die Tariffkommission ein klares Zeichen zur Verteidigung der Tarifbindung und tariflicher Standards.

Unser gemeinsames Signal:

Wir stehen für eine starke Industrie, gute Arbeit, faire Löhne und einen starken Sozialstaat. Wir lehnen Versuche ab, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen oder ihnen die Verantwortung für wirtschaftliche Krisen zuzuschieben.

Die IG Metall wird in der Tarifrunde 2026 selbstbewusst für die Interessen der Beschäftigten eintreten. Gemeinsam verteidigen wir unsere tariflichen Errungenschaften, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und schaffen Sicherheit und Perspektiven für die Zukunft.